



# Kommunen sind pleite?

## Was für ein Irrtum!

Sascha Bilay, Thüringer Landtagsabgeordneter der LINKEN, hofft auf mehr Zuversicht beim Blick in die Zukunft

**S**trenge genommen müssten Thüringens Gemeinderäte, Stadträte und Kreistage spätestens am 30. November des Vorjahres ihre Haushalte für das kommende Jahr beschließen haben. Hintergrund: Die Kommunalaufsichten benötigen eine Frist von wenigstens einem Monat für die Prüfung, Würdigung und Genehmigung, damit die Haushalte anschließend pünktlich zum 1. Januar wirksam werden können. Doch hier muss zunächst mit einem weitverbreiteten Irrtum aufgeräumt werden: Haben die Kommunen wirklich kein Geld? Haben sie doch: Allein 2019 konnten die Thüringer Gemeinden, Städte und Landkreise über insgesamt 1,2 Mrd. Euro mehr verfügen als 2014. Und dieser Trend setzt sich fort. Schon kurze Zeit nach der Finanzkrise von 2009 hatten sich die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen erholt. Bereits 2010 war das Einnahmenniveau von 2008, also dem Jahr vor der Finanzkrise, wieder erreicht. Auch für die kommenden Jahre wird mit weiteren Steuermehreinnahmen seitens des Bundes und des Landes für die Kommunen gerechnet. Zwar sollen, laut aktueller Steuerschätzung vom November 2019 die Steuermehreinnahmen nicht

In den Thüringer Kommunen schlummern noch erhebliche Finanzmittel

mehr ganz so stark ansteigen – aber sie steigen weiterhin! Und allein von Mai 2019 bis November 2019 sind die Steuereinnahmen der Thüringer Gemeinden und Städte um zusätzliche 31 Mio. Euro gestiegen. Mit Blick auf die Einwohnerstatistik kann unkompliziert für jede Gemeinde und jede Stadt der Einnahmezuwachs ermittelt werden. Die Folge: Thüringens Kommunen haben noch nie über so viel Geld verfügt, wie derzeit. Und für 2020 und die Folgejahre stehen weitere Zuwächse in Aussicht. CDU und FDP im Landtag hatten ein Investitionsprogramm in Höhe von 168 Mio. Euro für 2020 vorgeschlagen.

Die SPD im Landtag will diesem ein kommunales Investitionspaket in Höhe von 500 Mio. Euro, also Jahr für Jahr 100 Mio. Euro während der neuen Legislatur bis 2024, entgegenstellen. Dieses Programm soll in Zeiten aufgelegt werden, in denen aus dem letzten Sonderinvestitionsprogramm des Landes von 100 Mio. Euro noch 60 Mio. übrig sind, wobei weder Kommunen noch Planungsbüros über ausreichend Ingenieure verfügen und die Baufirmen ohnehin keine freien Kapazitäten haben. Ich wage die Vermutung, dass von den 100 Mio. Euro pro Jahr mindestens 30 Mio. Euro dem überhitzten Baumarkt

und den überhöhten Preisen zum Opfer fallen und verbrannt werden. Ein Drittel der zusätzlichen Mittel wird also auf dem Markt verbrannt und kommen nicht der kommunalen Infrastruktur zugute. Es empfiehlt sich, vor Ort gegenüber den Verwaltungen nach dem aktuellen Stand der Haushaltsausgaberechte aus den Vorjahren zu fragen. Das sind bereits vom Gemeinderat/Stadtrat oder Kreistag bewilligte Haushaltsmittel für Investitionen früherer Haushalte, die die Verwaltung noch nicht umsetzen konnte. Auch hier schlummern meist noch erhebliche Mittel, die erstmal verbaut werden müssen.

## Die Hemmschwelle sinkt

LINKEN-Stadtrat Steffen Thorman über die Kooperation von bürgerlichem Lager und AfD in Mühlhausen

**E**s traf die letzte Stadtratssitzung in Mühlhausen wie ein Paukenschlag: Die Fraktion der AfD stellte im Voraus sechs verschiedene Anträge, die in ihrer Abstrusität nicht zu überbieten waren. Unrealistische Anträge, die nichts mit kommunalpolitisch relevanter Sachpolitik zu tun haben. Trotzdem ließ sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Volker Bade dazu hinreißen, dem Antrag der AfD für die „Klima-Vernunft“ prinzipiell zuzustimmen. Die Antragsweise des AfD-Mitglieds Andreas Lindner war ihm dafür zu polemisch.

Für eine bessere Zusammenarbeit sollte sich laut Bade die AfD nur kooperativer zeigen als in der Vergangenheit. Daraufhin zog die Fraktion alle Anträge bis auf einen zurück. Resultat war, dass der Antrag der AfD, der sich für eine Wasserstofftankstelle in Mühlhausen einsetzte, mit der Mehrheit von CDU/Freie Wähler und Bürgerliste/ FDP angenommen wurde. Die Bürgerliste begründete ihre Zustimmung damit, dass man in der vorherigen Legislatur ähnliche Gedanken hatte. Hier wird deutlich, dass die Hemmschwelle gegenüber der AfD aus dem



FOTO: PIXABAY



Wie lange noch weltoffen? Demo gegen AfD-Führer Höcke.

FOTO: STEFFEN THORMANN

„bürgerlichen“ Lager deutlich gesunken ist. Der Stadtrat sorgte damit für ein Novum und viel Unmut bei Grünen/Linke und der SPD. Wie sich dieses Ereignis auf die politische Arbeit in den nächsten Monaten auswirkt, bleibt abzuwarten. Alle Kommunalpolitiker\*innen sollten gewarnt sein.

### Impressum

DIE THÜRINGENGESTALTER  
Kommunales Forum Thüringen e.V.  
Landesgeschäftsstelle  
Trommsdorffstraße 4  
99084 Erfurt  
Telefon 0361 54128389